



\* Aus Südwestafrika zurück. Der Postdampfer „Meranda Boerman“ ist Montag früh mit 9 Offizieren und 114 Unteroffizieren und Mannschaften von Südwestafrika in Hamburg eingetroffen.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

32. Sitzung vom 26. Februar 1906, 11 Uhr.  
Im Ministerrath: Dr. Staudt.

Die Beratung des Antisemitengesetzes wird fortgesetzt beim Kapitel „Evangelischer Oberkirchenrat“.

**Hg. Gieshoff** (fr. Sp.): Der neueste Fall mangelnder Toleranz, die Minderheitlichkeit des Hrn. Heinrich Bömer zum Vertreter in Preussens durch das Ministerium in Baden, hat die größte Erregung hervorgerufen. Die Wahl Bömers erfolgte mit 26 gegen 9 Stimmen und erweckte lebhafteste Verwunderung in den Kreisen der Evangelischen. Im so wunderbarsten war es, daß kurze Zeit darauf ein Protest der Minderheit gegen die Wahl erhoben wurde mit der Behauptung, Herr Bömer sei nicht auf dem Boden des evangelischen Bekenntnisses, sondern die Gottesgotteschaft Christi in Frage komme. Von allen diesen Umständen hat das Ministerium keine Rücksicht genommen. Der Oberkirchenrat hat noch nicht gesprochen. Er möge sich bemühen sein, daß seine Entscheidung für das lichte Leben des Rheinlandes und Westfalens von hoher Bedeutung ist. Gleich nach der Nichtbeachtung Bömers setzte in Rheinland-Westfalen eine Bewegung ein, deren Folgen noch nicht abgesehen sind. Die Vtr. wie Bömer eine Heberzeugung vertritt, seine Predigten und Wochenblätter haben ihn die Herzen mehr als alle erachtet. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit der evangelischen Kirche darf nicht angetastet werden. So lange ich lebe und fühle, habe ich als größtes Schmach des Protestantismus die Toleranz betrachtet. Der Protestantismus wird toter sein oder er wird nicht sein. Halten wir uns an das Ministerium: Deutschland ist Freiheit in Religion wie in der Gefühls. (Beifall links.)

**Hg. Dr. Hansenberg** (nl.): Es ist schwer, innere Angelegenheiten der evangelischen Kirche von der öffentlichen Diskussion auszusprechen. Hier handelt es sich nicht um eine rechtliche, sondern um eine innerkirchliche Verwaltungsfrage. Der Einspruch eines Teiles der Gemeinde der Stadt Remscheid und ebenso die Entscheidung des Ministeriums gründen sich lediglich auf die Unrichtigkeit. Das Ministerium war der Ansicht, daß die Predigt ein reichliches Maß von Kritik an der Heberzeugung anderer enthalte und hielt den Einspruch für berechtigt. Von einem lehrprophetischen Charakter kann nicht die Rede sein. Auch in der evangelischen Kirche muß es Normen für die Verkündigung des Glaubens geben, sofern unsere Kirche eine große Gemeinschaft bleiben will. Niemals darf ein Geistlicher seine Heberzeugung verbergen. Aber die Kasse darf nicht zum Katheder, die Kirche nicht zum Disziplinarium werden. (Beifall bei den Red.)

**Hg. Dr. Jerner** (kon.): Zu der Frage, ob derartige Erörterungen in dieses Haus gehören, nehme ich einen grundsätzlichen Standpunkt ein. Ich kann doch nicht annehmen, daß die Redner zum Minister hinausgehen. (Beifall.) Sprechen Sie aber zum Minister? Was soll der Minister hier tun? (Zurück links: Gar nicht!) Also gar nicht. Warum redet Sie dann? (Beifall: Zustimmung rechts.) An dem Grundsatze der Autonomie unserer Kirche wollen wir nicht rütteln. (Zurück wahr! rechts.) Die innerkirchlichen Angelegenheiten müssen uns und der großen Mehrheit beschäftigen, es sei denn, daß die staatlichen Interessen verletzt sind. Fragen wir Struktur in dieses Haus, die nicht hierher gehören, dann wird die missliche Verkündigung über das Schulunterrichtsgesetz in bedenklicher Weise gefährdet. (Zurück richtig! rechts.) Das innere Glaubensleben der christlichen Kirche darf vor einer interkonfessionellen Verwahrung nicht erörtern werden. (Beifall: Beifall rechts.)

**Hg. Hr. v. Schell** (freisinn.): Auch meine Freunde halten den Fall Bömer nicht für geeignet, um ihn hier ausführlich zu behandeln. Eins aber müssen wir doch sagen, daß uns das Ministerium nicht immer eine glückliche Hand in der Besetzung der Ministerien zu haben scheint, und infolgedessen trägt ein Teil der Verantwortung im Falle Bömer auch der Minister.

**Hg. Brauer** (fr. Sp.): Meiner Ansicht nach ist das Haus vollständig berechtigt, derartige Fragen zu behandeln. Hat nicht Herr Bömer, nachdem am Sonnabend der Minister sogar aufgefunden, die Meinung des Glaubens hochgehalten? Das ist ein Eingriff in das Gewissensrecht der evangelischen Kirche selbst. Sorgen wir dafür, daß die verschiedenen theologischen Ansichten einträchtig auf dem Boden der evangelischen Kirche zusammenarbeiten. (Beifall links.)

**Minister Staudt**: Der Fall Bömer unterliegt in zweiter und letzter Sitzung der Beschlußfassung des evangelischen Oberkirchenrates. Diese Entscheidung ist noch nicht erfolgt, es liegt also noch nicht eine res judicata vor, und ich muß es aus diesem Grunde ablehnen. Eins aber müssen wir doch sagen, daß die staatlichen Interessen verletzt sind. Fragen wir Struktur in dieses Haus, die nicht hierher gehören, dann wird die missliche Verkündigung über das Schulunterrichtsgesetz in bedenklicher Weise gefährdet. (Zurück richtig! rechts.) Das innere Glaubensleben der christlichen Kirche darf vor einer interkonfessionellen Verwahrung nicht erörtern werden. (Beifall: Beifall rechts.)

**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.  
**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.  
**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.

**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.  
**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.

**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.  
**Hg. v. Cramer** (nl.): Das Kapitel wird genehmigt.  
Mit der Beratung des Antisemitengesetzes ist die dazu gehörigen Institute wird verbunden die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung von Abgaben für kirchliche Beförden der Diözesen der katholischen Kirche in Preußen.

### Aus Rußland.

Die Reichsduma. Ein Erlass des Kaisers legt den Zusammentritt der Reichsduma am den 10. Mai fest. — Die Petersburger Telegraphen-Agentur kann mitteilen, daß bis zu diesem Termin die Wahlen in den meisten Provinzen beendet sein müssen und daß die Duma mit mehr als 350 Mitgliedern eröffnet werden wird. — Ein Erlass des Kaisers befragt.

Die Aufstellungen im Innern, die mit der Erhebung der regelmäßigen Verbindungen verknüpft waren, verhindern, daß mehrere Provinzen zur richtigen Zeit Instruktionen erhielten. Um nun nicht die Einberufung der Reichsduma zu verzögern, fanden wir es für notwendig, das Reglement zur ändern, nach dem die Wahlen im ganzen Reiche an demselben Tage vorgenommen werden und bestimmen, daß die zu verzeichnenden Wahlen stattfinden sollen. Infolgedessen ordnen wir an: Die Wahlen in den Wochensitzungen werden an bestimmten Tagen durch kaiserliche Ulaße festgesetzt werden.

Unter dem Vorhinein des Kaisers findet heute in Jaroslaw ein Ministerialrat statt, in dem wahrscheinlich über ein kaiserliches Manifest beraten wird, dessen Veröffentlichung für den 4. März vorgesehen ist.

Wetter-Telegramme melden uns:

Petersburg, 26. Febr. Der Weidener des Direktors der hiesigen Postverwaltung, Masarow, wurde heute durch fünf Revolutionäre ermordet. Der Mörder ist entkommen.

Verdächtige (Zemskostalken), 26. Febr. Das Kriegsgericht urteilte heute über 30 Gefangenangehörige aus Tiber wurden zu Zwangsarbeit verurteilt, neun andere zum Tode. General Mennikoff begnadigte vier der zum Tode Verurteilten zu Zwangsarbeit. Die fünf anderen wurden hingerichtet.

Ufa, 26. Febr. Heute schloßen vier Personen an den Wagen des Reichenski'schen Bandenführers, der von der Staatsanwaltschaft zurückgeführt, um 15 000 Rubel erbeutet hatte. Die Schüsse verletzten einen Diener. Die Angreifer bemächtigten sich des Geldes und ergriffen dann die Flucht.

Seltingfors, 26. Febr. Mehrere Personen, die vermutlich aus den baltischen Provinzen stammen, drangen heute in die Gebäude der russischen Staatsbank ein, töteten den Wächter und verurteilten einen anderen Angestellten der Bank durch Revolutionäre und raubten 75 000 Rubel. Es gelang den Räubern dann, zu fliehen.

### Ausland.

Frankreich.

Verurteilung eines Generals.  
Das Justizministerium beurteilt den bei den Kundgebungen gelegentlich der Anwesenheit in der Kirche des heiligen Thomas von Aquino verurteilten General des Verlautesandes Reanier zu sechs Monaten Gefängnis unter Aufsicht der Staatspolizei.

Irland.

Das englische Auswärtige Amt erklärte dem türkischen Botschafter, daß die englische Regierung sei, da die Forderung nicht alle Forderungen, die sie erfüllt habe, nicht in die dreiprozentige Jollerhöhung von 14. März anzunehmen.

Der amerikanische Gesandte

in Konstantinopel hat die Bitte um eine Note überreicht, in der energisch gegen protestiert wird, daß die Forderung der formalen Entente über die Gleichstellung der amerikanischen religiösen Unterirdischen und Wohltätigkeitsanstalten mit den französischen oder anderen Anstalten seit 18 Monaten nicht zur Erfüllung dieser Pflichten getan habe, während sie für Frankreich nach erfüllt worden ist. Die Note verlangt die Anerkennung dieser Anstalten, sowie Zoll- und Steuerimmunität.

Rumänien.

Zollfrage.

Die rumänische Regierung hat nach einer aus Bukarest uns ausgehenden Meldung beschlossen, den Kaufleuten zu gestatten, ihre auf rumänischem Boden eintreffenden Waren ohne Rücksicht auf Zollabfertigung in den Zoll zu deklarieren. Es werden aber die bis Juliens am 25. d. Mts. in Rumänien eingetroffenen und deklarierten Waren selbst dann noch nach den alten rumänischen Tarif bezahlt werden, wenn ihre gemeinsame Abfertigung erst nach dem 1. März erfolgt.

### Galische Nachrichten.

Galle a. S., den 27. Februar.

— Die Illumination des Rathauses am letzten Abend zur Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars war ein vornehm und prächtiges Ereignis. Umgeben von festem Grün, grünten die weißleuchtenden Büten des Kaiserpaars vom Balkon des Rathauses. Trotz der leibere regerischen Witterung bewundern hunderte von Passanten in diesem Gebäude das stimmungsvolle Bild.

— Die geistliche Stadverordnetenversammlung, die ca. 5 Stunden wahr, beschloß die Abhebung von weiteren drei Millionen Mark für die Erweiterung der Kapelle I (Mittelkapelle), V (Kapitalkirche) und Schulverwaltung, X D (Mittelkapelle), X E (Evangel. Volksschulen), XII (Gewerkschaften), XIV (Reinigung der Straßen), sowie die Hausbaupläne des Schlags und des Hofes, des Stadtheaters und der Polizeiverwaltung. Ferner wurde verschiedene Verträge abgeschlossen für den Bau von Häusern und Anbauten usw. Die Genehmigung erteilt, die Beschaffung neuer Schstände für die Feuerwehrt besohlen und schließlich eine Anzahl Petitionen erledigt. Der Stadv. Ädile reichte eine von seinen Gesinnungsgenossen unterzeichnete Interpretation wegen eines Berichtes des „Generalanzeiger“ über die letzte Stadverordnetenversammlung ein, welche in der nächsten Sitzung besprochen werden soll. Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer.

### Aus Nah und Fern.

Eine Millionenhilfe der Frau Krupp. Frau Krupp hat anlässlich der silbernen Hochzeit des kaiserlichen Paares eine mit einem Kapital von einer Million Mark ausgestattete Stiftung zur Erweiterung der Kapelle I (Mittelkapelle), V (Kapitalkirche) und Schulverwaltung, X D (Mittelkapelle), X E (Evangel. Volksschulen), XII (Gewerkschaften), XIV (Reinigung der Straßen), sowie die Hausbaupläne des Schlags und des Hofes, des Stadtheaters und der Polizeiverwaltung. Ferner wurde verschiedene Verträge abgeschlossen für den Bau von Häusern und Anbauten usw. Die Genehmigung erteilt, die Beschaffung neuer Schstände für die Feuerwehrt besohlen und schließlich eine Anzahl Petitionen erledigt. Der Stadv. Ädile reichte eine von seinen Gesinnungsgenossen unterzeichnete Interpretation wegen eines Berichtes des „Generalanzeiger“ über die letzte Stadverordnetenversammlung ein, welche in der nächsten Sitzung besprochen werden soll. Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Das Ansehen der silbernen Hochzeit Ihrer Majestät des Kaiserpaars und der Kaiserin hat ein Mitglied des Reichenski'schen Bandenführers der Bundeswehr der Kammer für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft und anderen Bürgern gebildetes Komitee in Bremen den Betrag von 108 000 M. genommen, welcher zur Begründung einer Stiftung bestimmt ist, deren Einkünfte dazu verwendet werden sollen, um Unteroffiziere und Mannschaften des 6ten Bataillon „Bremen“ kriegenden spanischen Infanterie-Regiments Nr. 75 während ihrer Dienstzeit in dem Interim in das bürgerliche Leben unterzubringen zu können. In zweiter Linie sollen auch Witwen und Waisen dieser Personen unterstützt werden. Die Stiftung soll den Namen tragen: Bremische Stiftung für das Regiment Bremen vom 27. Februar 1906.

Ein schmerzliches Experiment. Was Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars betrug Montagabend 8 Uhr der Wächter Turmsteiger abdem den Perimeter in Berlin, um an der höchsten Spitze zwei Flaggen, die deutsche und die bayerische, anzubringen. Der Aufstieg, der unter den größten Schwierigkeiten heimlich ausgeführt wurde, dauerte zwei Stunden.

Aufwende von Menschen und Leben gekostet. Die der „New-York Herald“ aus Bucanventura (Kolumbien) meldet, ist dort am 21. Februar ein von Norden nach Süden gehendes Erdbeben verurteilt worden, das nur geringen Schaden verursacht, aber eine große Panik unter den Bewohnern hervorgerufen hat. Die auf das Erdbeben folgende Panik hat hier keinen Schaden angerichtet, aber nach Berichten, die aus Südens kommen, die bis zu 50 Meilen weiter südlich liegen, kommen, sollen 2 000 Menschen umgekommen sein. In Bucanventura. Einige Personen kamen dort ums Leben. In Zuerres, ein großes Erdbeben verurteilt wurden, beträgt die Zahl der Getöteten fünf.

Die ausländischen Professoren in Berlin beschaffen in einer Montag mittag abgehaltenen Versammlung, auch Samstag, Dienstag, noch zu freieren und am Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen. Der Streit wurde veranlaßt durch verschiedene politische Maßnahmen betreffend den Streikverbot, die von den Professoren als lästig empfunden werden.

Maxim Gorki. Der Stettiner Zeitung „Tagen“ zufolge ist Maxim Gorki aus Wbo in Stodholm eingetroffen.

Abfertigung. Der Berliner Zigarren Verbot ist in den Palastinnen abgeführt. Er wurde von seinen Gegnern geehrt, trug aber schwere Verletzungen davon.

Der Tod in der Bohemane. Im Stranfenhaus zu M-Gladbach stürzte in einem Krampfanfall ein 21jähriger Mädchen in eine mit heißen Wasser gefüllte Badewanne. Der Tod trat sofort ein.

Dreißig Auffassungsgriffe. Wie uns aus Havana gemeldet wird, drangen sie in die Schlafkammer der Mannschaften ein und schloßen unter Schreien auf die liberale Partei auf die schlafenden Soldaten. Die Angreifer wurden darauf zurückgeschlagen. Drei Unteroffiziere und vier der Mannschaften wurden getötet. Die Geheimpolizei stellt Untersuchungen an.

Die Lohnbewegung der Hamburger Schauerleute. In einer Montag mittag im Spinghause der Handelsschule zu Hamburg in Saden der Lohnbewegung der Schauerleute stattgefundenen Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und den Delegierten der Schauerleute wurde eine völlige Einigung erzielt. Der Tagelohn wird danach von 4,50 auf 4,80 M. und die Arbeitszeit von 5,70 auf 6,20 M. erhöht. Der neue Tarif tritt am 11. März in Kraft.

Vergeraderentente. Aus Indianoapolis erhalten wir folgende Meldung: Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten hat erklärt, es werde nicht zum Ausstand kommen. Die Wähler der bedeutendsten Ortschaft mit bittmündiger Klasse hätten sich an das Unvermeidliche gefügt und sich bereit erklärt, die Verminderung der Wöhe, mit welcher sich die Vergelte im Jahre 1905 vereinbart hatten, wieder anzunehmen und die Welt nicht auch noch weitere Zugeständnisse zu machen. Seine Meinung nach müßten sich die Wähler von Antwerpgraben diesem Beschlusse anschließen. Andererseits hat der Vizepräsident des Auswärtigen der Arbeiter der Gruben mit bittmündiger Klasse nachdrücklich in Abrede gestellt, daß die Grubenbesitzer den Beschlusse gefügt hätten, die Verminderung der Wöhe anzunehmen und erklärt, er glaube nicht, daß der Ausstand sich werde vermeiden lassen.

### Letzte Telegramme.

Berlin, 27. Febr. Die in der vergangenen Nacht abgehaltene Parteibeschluß Versammlung der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Arbeitervereine nahm eine Resolution an, monach die Verharmlosung gegen die Entlassung der acht Angeklagten durch die Direktion als Bruch des Versprechens des Koalitionsrates protestiert und sich verpflichtet, mit allen Kräften für die Organisation einzutreten, um zur sechsten Zeit die Direktion zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zwingen zu können. Wegen die erwähnte Entlassung soll der Transportarbeiter-Verband bei dem Aufsichtsrat der Gesellschaft vordringlich werden.

Leipzig, 27. Febr. Die Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmern im lithographische Deutsche Land sind gescheitert.

Wien, 26. Febr. Bei den heute im Eisenbahnministerium stattgefundenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und der Kaiser Ferdinand-Nordbahn betreffend die Einlösung der Eisenbahn-Unternehmung der Nordbahn wurde volle Einigung hinsichtlich aller noch offen gebliebenen juristischen Fragen erzielt, jedoch die Unterzeichnung des Verträge in dungsüber ein kommen zum Ende dieser Woche in sichere Aussicht genommen ist.

Seltingfors, 26. Februar. Von den aus der hiesigen russischen Staatsbank geraubten Geldern gehören 35 000 Rubel der finnländischen Unionbank.

Petersburg, 26. Febr. Die Wählerlisten aus 22 Provinzen werden am 28. Februar veröffentlicht werden, die von zehn anderen Provinzen am 7. März. Diese Provinzen umfassen mehr als die Hälfte des europäischen Rußlands.

Washington, 26. Febr. Der amerikanische Generalkonsul in Shanghai telegraphiert: Die amerikanischen Missionen in Peking und Sien, verurteilt Wahlen aufwärts am Sonntag, sind gescheitert worden; die Ursachen sind hauptsächlich religiöser Natur. Hiergegen Missionen entlassen, während die Mitglieder einer aus zwei Erbnissen und zwei Kindern bestehenden Familie getötet wurden. Das amerikanische Konsumenten-„Clano“ in Peking wurde angewiesen, sofort nach der dortigen Gegen zu gehen. Es wird berichtet, daß auf der britischen Mission alles noch ist.

Weiter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Gesandten in Hamburg. (Nachdruck verboten.)  
Mittwoch, 28. Februar: Wolkig mit Sonnenschein, kalt, meist trocken.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

• Halle: Halle + 2,00, Trotha + 2,22, Klitzschen + 2,04, Bernburg + 1,58, GutsMuths + 1,72, Halle, Unterpegel + 1,86, — Unstrut: Ertzdorf + 1,40, Mücheln: Bismarck + 0,10, Prag + 0,47, — Gabel: Brandenburg, Oberpegel + 2,40, Brandenburg, Unterpegel + 2,05, Rathenow, Oberpegel + 1,94, Rathenow, Unterpegel + 1,57, Havelberg + 2,76, — Elbe: Baruth + 0,14, Brandeburg + 0,27, Witten + 0,32, Zeitz + 0,16, Naumburg + 0,25, Dresden + 0,81, Zwickau + 1,44, Wittenberg + 2,23, Reglau + 1,77, Alten + 2,00, Rorbay + 1,88, Altdorf + 1,64, Zangermünde + 2,41, Bittenberge + 2,29, Senz + 2,33, Mücheln + 1,74, Darßow + 1,51, Rauenburg + 1,75.



